



BASELBIETER FREISINN

Baselland	2/3/4/5/6/7/8	Abstimmungsvorlagen	10/11/12/13	Neu in National- und Ständerat	16/17	Unter Freisinnigen	22
Gastbeitrag: Zeitvorsorge	9	Interview NR Dobler	15	Rückblick DV Januar	18/19	FDP Service Public	23

5. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

Inhalt

Wahlen: Rückblick 2015, Ausblick 2016

Gleich in sieben Kantonen stehen 2016 Gesamterneuerungswahlen für die Legislative und die Exekutive an. Den Anfang machen Uri, St. Gallen und Thurgau am 28. Februar. Unser Ziel ist klar: Wir wollen auch auf kantonaler Ebene zulegen!

Seite 14

Präsidentiales Jahr 2016

Mit guten Vorsätzen und mit verheissungsvollen Vorzeichen starten wir ins neue Jahr. Neben einem sehr guten Wahlergebnis im letzten Oktober besetzen gleich drei FDP-Exponenten die höchsten Posten der Schweiz: Johann Schneider-Ammann als Bundespräsident, Christa Markwalder als Nationalratspräsidentin und Raphaël Comte als Präsident des Ständerats. 2016 wird ein liberales Jahr!

Seite 20

Vorstellung Fraktionspräsidium

Die FDP-Liberale Fraktion im Bundeshaus vereinigt alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier der FDP.Die Liberalen Schweiz. Mit Beginn der 50. Legislatur wurde auch das Fraktionspräsidium neu besetzt. Nationalrat Ignazio Cassis präsidiert die Fraktion, Ständerat Thomas Hefti und Nationalrat Beat Walti amtieren als Vizepräsidenten.

Seite 21

FDP Baselland mit positivem Elan

Die FDP Baselland hat am Neujahrspéro vom 13. Januar ihr politisches 2016 mit viel positivem Elan begonnen. Besonders erfreulich: Es konnten einige neue Gesichter ausgemacht werden.

Nach drei Jahren Dauerwahlkampf werden wir uns nach den Gemeindevahlen am 28. Februar und der Wahl der parteiinternen Gremien am Parteitag vom 10. März endlich wieder mit ganzer Aufmerksamkeit der Sachpolitik zuwenden können. Es warten vielerlei Herausforderungen auf uns, und wir benötigen Ideenreichtum, Sachverstand und Durchsetzungskraft, um als Partei der Lösungen aufzutreten. Dabei wird der Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien ein wichtiger Stellenwert zukommen. Um zur Kontinuität in dieser Zusammenarbeit beizutragen, stelle ich mich am 10. März zur Wiederwahl als Parteipräsidentin zur Verfügung.

Zurück zu den kommenden Herausforderungen. Nicht nur der Frankenschock, auch das Thema Flüchtlingsströme wird uns 2016 ganz sicher bis auf Stufe Gemeinden beschäftigen. Wir stehen vor Themen und Problemen, die wir nicht recht einordnen können, wie z. B. das unfertige Europa oder der weltweite islamistische Terrorismus. Im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsdrama hat mir ein Interview mit dem früheren US-Aussenminister und Nobelpreisträger



Christine Frey,
Parteipräsidentin

Henry Kissinger Eindruck gemacht, in dem er die einzigartige Dimension der Flüchtlingswelle mit folgendem Satz auf den Punkt gebracht hat: «Wir beobachten in Europa ein sehr seltenes, historisches Ereignis: Eine Region verteidigt ihre Aussengrenzen nicht, sondern öffnet sie stattdessen.» Der Journalist wollte wissen, ob das richtig oder falsch sei. Worauf Kissinger lange geögert hat und schliesslich meinte: «Das Dilemma ist, dass es eine humanitäre Notwendigkeit gibt, wenn man das Leid der Flüchtlinge sieht. Andererseits: Wenn sich die Zusammensetzung der Gesellschaft dramatisch und schnell verändert, als Resultat

von äusseren Entwicklungen, dann wird das historische Konsequenzen haben.» Der Journalist hakte nach: «Unterstützen Sie gerade Frau Merkel, oder kritisieren Sie sie?» Kissinger antwortete: «Sie muss abwägen zwischen dem Leid der Flüchtlinge und den langfristigen Auswirkungen auf ihr Volk.» Es ist typisch für Henry Kissinger: Er entlässt einen bei keiner Frage aus der Notwendigkeit, selbst zu urteilen. Er liefert Wegweisung, aber keine Rezeptur. Er will aufklären, nicht bekehren. Der weise Mann inspiriert und stimuliert – vor allem zum selber Denken.

Auch uns sagt niemand, wie wir mit den anstehenden Themen im Baselbiet umgehen sollen. Es gibt kein verbindliches Rezept, das die Zutaten, die Verarbeitung und das Ergebnis Schritt für Schritt skizziert und mit Fotos dokumentiert. Ich meine aber, dass gerade die FDP mit ihrer liberalen Grundhaltung dazu prädestiniert ist, an vorderster Front Lösungen mitzugestalten.

Wir bürgerlichen Politiker stehen in der Verantwortung, dass die öffentliche Hand die Finanzen nicht aus dem Ruder laufen lässt. Wir müssen dieses Ungleichgewicht beheben, um den nötigen Investitionsspielraum wiederherzustellen und auch der zukünftigen Generation einen Handlungsspiel-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

raum zu ermöglichen. In der aktuellen Landratsdebatte dreht sich im Moment alles um die Frage: Wie sparen wir wo? In unserem Kanton sind die Ausgaben geschichtlich gewachsen, in einer Zeit, in der man sich z. B. eine gemeinsame Trägerschaft mit der Uni Basel leisten konnte. Das sind heisse Eisen, und sie werden emotional diskutiert. Die übergeordnete Fragestellung muss deshalb lauten: Was soll der Staat leisten, und was wollen wir uns das kosten lassen? Welche Aufgaben kann der Kanton den Gemeinden überlassen? Als pragmatische Partei haben wir einen schweren Stand gegenüber den Linken, die sich momentan in der Rolle der selbstgefälligen Oppositionspartei präsentiert und nicht müde wird, die Verantwortung mit dem unpassenden Schlagwort «rechtskonservative Politik» uns bürgerlichen Parteien zuzuschieben.

Dabei dürfen wir die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht ausser Acht lassen. Um den KMU die dringend nötige Flexibilität in der aktuellen Situation (Frankenstärke) nicht noch zu erschweren, müssen wir den regulativen Beschwerlichkeiten Einhalt gebieten. Das heisst, bestehende Gesetze immer wieder kritisch zu hinterfragen und neue Gesetze auf Herz und Nieren auf die Notwendigkeit, die Durchfüh-

rung und vor allem auf das Preisschild zu überprüfen.

Eine weitere Grossbaustelle ist unsere Verkehrsinfrastruktur, die den heutigen Gegebenheiten nicht mehr genügt. Entstanden in den 70er-Jahren, wurde sie seitdem nicht mehr ausgebaut. Die Zunahme der täglichen Fahrten von Privaten und Berufsverkehr ist hingegen stetig gewachsen und hat sich in den letzten fünf Jahren nochmals verschärft. Wir stehen im Dauerstau und müssen Lösungen erarbeiten, die über alle politischen und gesellschaftlichen Gesinnungen tragbar sind. Gerade deshalb ist es begrüssenswert, dass die Regierung gewisse ELBA-Massnahmen weiterverfolgt.

Wir haben aber mit den aktuellen Mehrheitsverhältnissen in der Regierung und im Landrat eine grosse Chance, den Kanton wieder auf Kurs zu bringen. Eigenständigkeit ist wichtig, aber die Absprache mit den anderen Parteien in den wichtigen Geschäften ebenso. Voraussetzung ist eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den Fraktionen. Ich betrachte es als meine Aufgabe, die Verantwortlichen regelmässig an einen Tisch zu bringen und immer wieder das Gemeinsame zu suchen. Wichtig dabei ist die Durchlässigkeit zwischen Regierung, Fraktion und Parteispitzen. Ich bin aber voller Zuversicht, dass wir mit Sabine Pegoraro und Monica Gschwind über zwei freisinnige Persönlichkeiten in der Regierung verfügen, die sich der Notwendigkeit bewusst sind, die Parteien frühzeitig ins Boot zu holen und sich damit die nötige Unterstützung zu sichern.

Ich bin überzeugt, dass die FDP Baselland dank ihrer bewährten und hervorragend funktionierenden Gremien und Diskussionskultur Lösungen skizzieren und mitgestalten wird. An dieser Stelle danke ich Ihnen allen für Ihre Mitwirkung auf allen Ebenen, in verschiedensten Gremien, in einem Amt, an einem Parteitag, im Wahlkampf, im Parteirat, in den Gemeinden oder bei der Überzeugungsarbeit im Gespräch mit dem Nachbarn.

Christine Frey, Parteipräsidentin

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Wir sind auf Kurs

Viel Bewegung für viel Stabilität: Die BKSD stellt sich auf den gesellschaftlichen Wandel ein. Mit einer breiten Abstützung der Themen, mit verlässlichen Informationen und mit klaren Zielen rüstet sich die BKSD für die Zukunft.

Monica Gschwind, Regierungsrätin, Vorsteherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Eine starke Rückmeldung jener, die sich täglich für die Bildung einsetzen: die Lehrerinnen und Lehrer des Kantons Basel-Landschaft haben sich zur Bildungsharmonisierung geäussert. Das Echo war gross: Nahezu zwei von drei Lehrpersonen der betreffenden Sekundarstufe I haben ihre Meinung, ihr Wissen und ihre Erfahrungen geteilt und die Befragung abgeschlossen – das bedeutet 60 Prozent Rücklauf. Auch die Lehrpersonen der Primarstufe wurden als bereits erfahrene Fachkräfte befragt. Die Beteiligung von 37 Prozent (inklusive Abbrüchen) ist ebenfalls sehr wertvoll. Das Team des «Marschhalt Sek I» – das diese offizielle Befragung initiiert hat – zeigt sich mit der grossen Resonanz zufrieden, bilden die Daten doch eine wichtige Basis für das weitere Vorgehen. Die beteiligten Gremien aus den Schulen, der Politik und der Bildungsverwaltung erfahren so aus erster Hand, wie die Lehrpersonen denken. Im Marschhalt-Team werden die Informationen nun diskutiert und weiterentwickelt. Sie bilden eine faktenbasierte, neutrale und damit eine starke Grundlage, um das Bildungswesen im Basbiet mehrheitsfähig auszurichten. Kernziel: Bildungsinitiativen vermeiden. Der Marschhalt will Stabilität und damit Ruhe für die Schulen, damit sich die Lehrpersonen auf ihre wichtige Aufgabe konzentrieren und die Schülerinnen und Schüler in ihrer Laufbahn optimal unterstützen können.

Die Laufbahn der Kinder und Jugendlichen im Kanton ist von grosser Bedeutung – nicht nur im Marschhalt.



Monica Gschwind

Deshalb wird die BKSD auch die Governance der Schulen und die Verwaltungsstrukturen darauf ausrichten. Ein derart grosses Gebilde zu bewegen, nimmt Zeit in Anspruch. Die Geduld lohnt sich. Gute Lösungen brauchen sorgfältige Vorbereitungen und eine breite Abstützung.

Das Bildungswesen entwickelt sich genauso wie die Kultur und der Sport. Wohin der Weg der BKSD geht, soll transparent und gradlinig erfolgen und aufgezeigt werden. Eine Vision, ein Leitbild und strategische Ziele sind in Arbeit und sollen nachhaltig für Orientierung sorgen: bei den Mitarbeitenden, bei der Bevölkerung und bei der Politik. Sicher ist: Der Kanton braucht auch künftig ein intaktes und vielfältiges Kulturangebot in der Region, ein breites Sportangebot für den Kanton und eine ausgezeichnete, bedarfsgerechte Bildung für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. Die notwendige Finanzstrategie des Regierungsrates fordert diese Bereiche und sorgt für ein Mit- und Umdenken. Alle suchen nach Lösungen mit Augenmass: für die Bildung, die Kultur und den Sport und für den Basbiet Finanzhaushalt, der für die Zukunft ins Lot gebracht werden muss. Die BKSD ist auf Kurs.

Ein sicherer Gotthard für die ganze Schweiz.

Ja zur Sanierungstunnel!

Nein zur Durchsetzungsinitiative

Auch bei Ausschaffungen muss der Grundsatz gelten: Hart, aber fair!

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin FDP

Am 28. Februar geht es darum, ob bei Ausschaffungen rechtsstaatliche Regeln eingehalten oder ausgehebelt werden. So missachtet die Durchsetzungsinitiative das Prinzip der Verhältnismässigkeit und setzt die gerichtliche Einzelfallbeurteilung, wie das in einem Rechtsstaat eben möglich sein muss, ausser Kraft. Mit gutem Grund lehnen wir Freisinnigen diese Initiative ab. Mitte des 19. Jahrhunderts haben wir den schweizerischen Rechtsstaat begründet und aufgebaut. Wir tragen deshalb eine besondere Verantwortung für die Rechtssicherheit in unserem Land.

In diesem Sinne hat sich die FDP in den letzten Jahren immer für eine harte, aber faire Migrations- und Ausländerpolitik eingesetzt. Wir haben auch massgeblich bei der nötigen Verschärfung der Asylgesetzgebung mitgewirkt. Unser Präsident Philipp Müller hatte absolut recht, als er kürzlich im «Blick»-Interview dezidiert feststellte, dass kriminelle Ausländer unser Gastrecht massiv missbrauchen und deshalb gemäss unseren Gesetzen auch ausgeschafft werden müssen.

Im Jahr 2010 wurde die Ausschaffungsinitiative vom Volk angenommen. Das Parlament hat im März 2015 ein griffiges Ausführungsgesetz verabschiedet und damit die von den Initianten eingeräumte Fünf-Jahres-Frist eingehalten.

Der Vorwurf, das Parlament habe die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative verschleppt, und deshalb sei die Durchsetzungsinitiative nötig gewesen, trifft in keiner Weise zu. Dass die gesetzliche Umsetzung noch nicht in Kraft ist, liegt an der Durchsetzungsinitiative. Zuerst muss über sie abgestimmt werden. Nach einem Nein am 28. Februar kann dieses Ausführungsgesetz unverzüglich in Kraft gesetzt werden.



Daniela Schneeberger

Die Durchsetzungsinitiative geht auch weiter als die Ausschaffungsinitiative, indem sie neben den völlig unbestrittenen schweren Delikten einen zweiten Katalog mit Bagatelldelikten einführt, die ebenfalls automatisch zur Ausschaffung führen sollen. Lassen Sie mich das an zwei Beispielen aufzeigen: Ein Ausländer bricht in ein

Kellerabteil eines Hauses ein, beschädigt die Türe und stiehlt ein Velo. Damit hat der Täter drei Straftatbestände begangen – nämlich Hausfriedensbruch, Diebstahl und Sachbeschädigung. Wegen dieser Kumulation müsste er gemäss Initiative sofort automatisch ausgeschafft werden. Verletzt ein Ausländer bei einer handgreiflichen

Auseinandersetzung einen anderen Beteiligten und begeht eine «einfache Körperverletzung», muss er gemäss Initiative ebenfalls zwingend ausgeschafft werden, wenn er in den letzten zehn Jahren bereits zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, weil er z. B. einen Anderen beschimpft hat.

Dies alles gilt übrigens auch für Personen ohne Schweizer Pass, die aber hier geboren und aufgewachsen sind. Sie müssten aufgrund der Durchsetzungsinitiative wegen solcher verhältnismässig leichter Delikte ohne Wenn und Aber ebenfalls ausgeschafft und mit einem Einreiseverbot von 5 bis 15 Jahren belegt werden.

Ich habe für all jene, die mit der heute praktizierten Asyl- und Ausländerpolitik unzufrieden sind, grosses Verständnis. Es ist in der Tat äusserst ärgerlich, dass bereits bestehende gesetzliche Regeln nicht konsequent genug umgesetzt werden. Und es ist auch nicht damit getan, auf eine europäische Regelung zu warten. Abgesehen davon, dass es eine einheitliche europäische Regelung nicht geben wird, müssen wir im Interesse unseres Landes so oder so souverän handeln. Wer nun aus Protest der Durchsetzungsinitiative zustimmen und dieser Politik damit einen Denkmittel erteilen will, leistet unserem Land einen Bärendienst und verhindert, dass die vom Parlament rechtzeitig vorgenommene harte, aber rechtsstaatliche Umsetzung der Ausschaffungsinitiative endlich in Kraft gesetzt werden kann. Abgesehen davon, dass die Durchsetzungsinitiative klar dem Personenfreizügigkeitsabkommen und der europäischen Menschenrechtskonvention widerspricht. Die Annahme dieser Initiative hätte denkbar negative Aussenwirkungen.

Die Durchsetzungsinitiative ist unnötig, unverhältnismässig und letztlich auch unschweizerisch. Deshalb müssen wir sie am 28. Februar klar ablehnen.

Neujahrsapéro

Startschuss bei der FDP Baselland

**Raffaello Masciadri,
FDP Münchenstein**

Die Mitglieder der FDP Baselland trafen sich am glücksbringenden 13. Januar 2016 im Werkhaus der EBL in Liestal zum traditionellen Neujahrsapéro. Die Halle war derart dicht gepackt mit Genossen, dass sich der Industrieschuppen mit menschlicher Wärmeproduktion selbst beheizte. Urs Steiner, CEO der EBL, überraschte in seiner Ansprache die Anwesenden mit einem Mega-Lamento der kriselnden Schweizer Energiebranche: 60 Prozent ist in der Schweiz erneuerbare Wasserkraft, die mit staatssubventionierter Wind-, Solar-, und Kohle-Energieproduktion aus Deutschland nicht mehr mithalten kann. Es erinnert mich an die grosse Pleite der Solarfirmen in den USA, als China die Panelproduktion übersubventionierte. Deutschland überschwemmt den Schweizer Energiemarkt mit der 100-fachen Leistung des AKW Gös-



gen, so dass der Preis pro kWh deutlich unter 3 Rappen gefallen ist, während die Wasserkraft 5 Rappen kostet. Das Fiasko ist vorprogrammiert, wenn die Schweizer Politik nicht eingreift, daher Steiners expliziter Hilferuf.

Trotzdem ist die EBL als Baselbieter KMU hervorragend aufgestellt, was bestimmt auch der Verdienst ihres Mountainbike-Champions und CEO Urs Steiner ist: starke Investitionen in Wind- und Solarenergie, dort, wo diese Naturkräfte wirklich wirken, und ein 300-Millionen-Projekt mit

dem Wärmeverbundsystem Liestal-Ormingen, das auf seine Vollendung im 2020 zusteuert. Ein Steinchen in seinen Schuhen musste der brillante CEO noch loswerden: Die Umweltverbände haben ihm das Kleinflusskraftwerkprojekt in Zwingen um 15 Jahre verzögert, Rahmenbedingungen, die ein KMU nicht akzeptieren kann.

Die gebührende Begrüssung der Anwesenden überliess Urs Steiner der FDP-Präsidentin Christine Frey, die ihre Schäfchen mit intellektueller Nahrung vom Feinsten berieselte. Eine vollgepackte politische Agenda erwartet die Genossen: Das Flüchtlingsdrama wird bis auf Gemeindeebene sehr aktuell werden. Christine Frey zitierte dabei den urliberalen Henry Kissinger, der neben der humanitären Notwendigkeit auch auf die Gefahr aufmerksam machte, dass bei zu starker Einwanderung Europa destabilisiert würde, und damit den liberalen Handlungsspiel-

raum zwar absteckte, aber nicht seine vorgefasste Meinung aufdrängte. Der starke Franken bzw. der schwache Euro belastet die Exportindustrie, und der Einkaufstourismus ruiniert den Detailhandel. Die Kantonsfinanzen sind schwach, die gemeinsame Träger-schaft BS/BL der Universitäten ist auf dem Prüfstand, und die Verkehrsinfrastruktur ist in den 70er-Jahren stecken geblieben. Ferner beleuchtete Christine Frey die Funktionsweise der bürgerlichen Allianz, die im Landrat ja die Mehrheit hält und damit auch unbeliebte Themen durchziehen kann, wenn Friede, Freude, Eierkuchen herrscht. In der Realität rauft man sich aber bereits bei einer zungenbrechenden Detailfrage wie der Notwendigkeit einer Schulzahnputztante die Haare: eine amüsant inszenierte Pointe unserer spitzenintellektuellen Präsidentin: Da fühlte sich jeder FDPler zu Hause! Zum Schluss servierte die Präsidentin, die übrigens ein schickes Perlencollier am Hals trug, ein Zitat von Johann Wolfgang Goethe: «Wer in der Demokratie schläft, erwacht in der Diktatur.»



Gastgeber Urs Steiner und die Präsidentin.



Landräte unter sich: Christof Hiltmann, Marianne Hollinger, Rolf Richterich.



MuttENZ trifft Pratteln.



RichterInnen: Elisabeth Berger-Götz, Christine Baltzer, Sibylle Moll Flückiger, Peter Tobler.



Paul Nyffeler und Peter Issler.



Welcher Bundesrat kommt an das Pfeffinger Forum? Paul Schär, RR Monica Gschwind, Susanne und Dani Schindler.



Männergespräche: Orlando Meyer und Daniel Ortolan.



Die FDP hat die schönsten Männer.



Wir finden die Parteileitung spitze: Siro Imber und Christof Hiltmann.



Stefan Sick mit Zivildirektorpräsident Peter Brodbeck.



Stefan Sick, Astrid Marty, Nicole Hatz, Marco Pulver.



Ernst Thöni, Therese Umiker, Felix Knöpfel.



FDP-Dream-Team Susan Vogt, Doris Schäublin, Andrea Mäder.



Laufentaler unter sich: Urs Steiner, Roland Niederberger, Adrian Richterich, Rolf Richterich.



Münchenstein lässt grüssen: Angela und Raffaello Masciadri und Klaus Droz.



Regierungsrätin Sabine Pegoraro und GR-Kandidat aus Muttenz: Alain Bai.



Bald ehemalige und ein zukünftiger GR aus Ettingen: Dieter Bolliger, GR-Kandidat Michael Bächli, Noch-GR Kurt Züllig.



Siro Imber, Hanspeter Frey, Marc-André Giger.



Sein Buffet hat alle erfreut: Roland Tischhauser, Hotel Bad Bubendorf.



Liestaler mit den beiden Prominenten: Daniel Spinnler und Christine Baltzer.

Investitionen mit Schwerpunkt Bildung

Wofür der Kanton sein Geld ausgibt

Sabine Pegoraro, Regierungsrätin, Vorsteherin der Bau- und Umweltschutzdirektion

Wir leben zum Glück in einer Demokratie, und in einer Demokratie ist viel erlaubt. Es ist zum Beispiel erlaubt, einem Referendum einen süffigen Titel zu geben. «Keine Milliarden für Luxus-Strassen!», das tönt gut. «Bildung wahren statt sparen», das ist auch ein Slogan, der sich gut einprägen lässt und der von den Medien sicherlich prominent aufgenommen wird. Und so entsteht mit der Zeit das Bild eines Kantons, der nur in die Strassen investiert und die Schulen stiefmütterlich behandelt.

Ist das in unserem Kanton so? Nein, es trifft in keiner Art und Weise zu. Die Regierung hat im Baselbiet die Investitionen auf rund 200 Mio. Franken pro Jahr begrenzt. Damit müssen wir auskommen, und wenn das Geld nicht reicht, werden ausführungsfähige Projekte verschoben. In der Fachsprache heisst das Posteriorisieren. Im Jahr 2011 haben wir mit der Übernahme der Sekundarschulbauten hohe Summen in das Bildungswesen investiert und dabei den Investitionsplafond von 200 Mio. Franken massiv überschritten. Momentan geben wir wieder sehr viel Geld für Bildungsbauten aus (siehe Grafik 1).

Im vergangenen Jahr haben wir fast 50 Prozent für den Bildungsbereich aufgewendet. Das will die Regierung auch im laufenden Jahr so halten. Nutzniesser sind in erster Linie die Sekundarschule Binningen, die Fachhochschule Nordwestschweiz in Muttenz und das Biozentrum auf dem Schällemätteli in Basel.

Erst 2017 und 2018 geht der Anteil der Aufwendungen für Bildungsbauten langsam wieder zurück, was uns Spielraum eröffnet für andere Projekte.

Der hohe Anteil des Bildungssektors in unserer Investitionsrechnung hat dazu geführt, dass viele weitere dringend nötige Projekte verschoben werden mussten. Das trifft vor allem



Sabine Pegoraro

für den Bereich des Strassenunterhalts und Strassenbaus zu. Hier wurden viele ausführungsfähige Projekte posteriorisiert (z. B. Baslerstrasse in Allschwil, Rheinstrasse Füllinsdorf–Liestal). Ihre Realisierung wurde also auf die kommenden Jahre verschoben. Mit dem Rückgang des Anteils Bildungskosten eröffnet sich die Möglichkeit, nachzuholen, was wir versäumen mussten. Startpunkt für dieses Nachholen ist das Jahr 2017, doch werden wir gut acht Jahre brauchen, um den Rückstand wieder wettzumachen. Insgesamt geht es um einen Betrag von fast 300 Mio. Franken, den wir zu

das eigentlich nötig gewesen wäre. Die Grafik zeigt das deutlich.

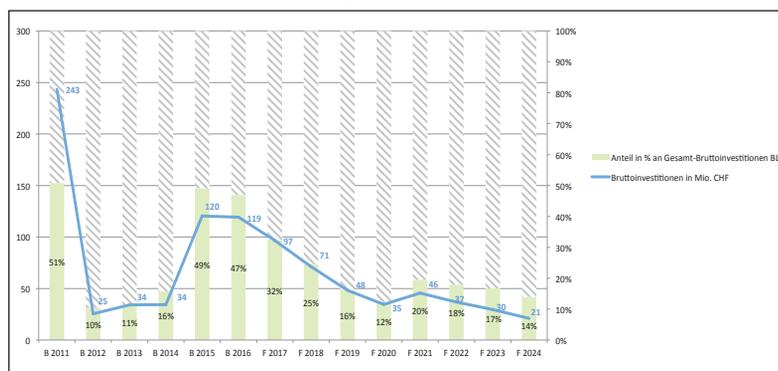
Auf die Dauer dürfen wir das Strassennetz nicht so vernachlässigen. Denn das führt zu Schäden, die dann teilweise mit Notsanierungen behoben werden müssen. Die Umfahrung Liestal ist dafür ein eklatantes Beispiel, sie ist aber gleichzeitig auch ein Spezialfall. Die notwendigen Vorarbeiten sind rechtzeitig in Angriff genommen worden, doch im Hinblick auf die zu erwartende Übernahme der Strasse durch den Bund wurde das Projekt zusammen mit dem Bundesamt für Strassen überarbeitet und «bundes-tauglich» gemacht. Bis heute ist die Strasse im Kantonsbesitz geblieben, wobei es sich langsam abzeichnet, dass sie doch noch vom Bund übernommen wird. Ich setze mich in der Bau- und Planungsdirektorenkonferenz stark dafür ein, dass dieser Fall eintritt und der Bund auch für die Gesamtkosten der Sanierung aufkommt. Greift ihm der Kanton vor, dann bleiben wir auf einem grossen Teil der Kosten sitzen. Es ist darum wichtig, bei der Sanierung dieser Strasse einen kühlen Kopf zu bewahren und vorerst mit einer Notsanierung lediglich sicherzustellen, dass die Lebensdauer der Umfahrung verlängert wird, ohne dass die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer beeinträchtigt ist.

Doch auch andernorts dürfen wir nicht untätig bleiben. Gemäss § 43a des Strassengesetzes sind die kantona-

Gunsten der Bildungsbauten nicht in die Strassen investiert haben, obwohl

Fortsetzung auf Seite 7

1 Bruttoinvestitionen in Bildungsbauten



Verkehrsprojekte

Befremdliches Demokratieverständnis

Christoph Buser,
Landrat

Nach der Abstimmung vom 8. November 2015 zur Entwicklungsplanung Leimental–Birsek–Allschwil (ELBA) hat der Baselbieter Regierungsrat jetzt die Weichen für das weitere Vorgehen gestellt. Richtigerweise stellt die Regierung fest, dass das Nein zu ELBA nicht einem Planungsstopp für sämtliche Verkehrsprojekte gleichzusetzen ist. Denn darüber hat das Baselbieter Stimmvolk gar nicht befunden – auch wenn die ELBA-Gegner dies in ihrer Abstimmungskampagne glauben machen wollten.

Am 8. November hat die Bevölkerung Nein zu einem Projektierungskredit von 11 Mio. Franken gesagt. Und sie hat Nein dazu gesagt, dass die 37 Massnahmen der Variante Ausbau in einem einzigen Block im kantona-

len Richtplan eingetragen werden. Nicht mehr, nicht weniger.

Doch solche Details kümmern die Linke nur am Rand – wenn überhaupt. Adil Koller, Jungspund und Co-Präsident der SP Baselland, befand zum Beispiel kürzlich im Schweizer Radio: «Dass die Regierung einfach weiterfahren will wie bisher, ist undemokratisch.» Er glaube, es sei klar gewesen, dass die Bevölkerung einen Grundsatzentscheid über die teurere Variante gefällt habe. Er glaubt falsch.

Und er hat ein befremdliches Demokratieverständnis – um es gelinde auszudrücken. Denn wie gesehen, ist der Entscheid, dass die Ausbauvariante umgesetzt wird, bereits im Landrat gefallen. Die Regierung kann gar nicht anders, als sich daran zu halten. Es ist nicht die Schuld der Baselbieter Regierung, wenn die ELBA-Gegner eine absolut faktenbefreite Abstimmungs-

kampagne mit abstrusesten Argumenten geführt haben und dabei vielleicht selbst nicht verstanden haben oder verstehen wollten, worüber eigentlich genau abgestimmt wurde. Würde die Regierung nun den zuvor im Baselbieter Parlament – der von der Wahlbevölkerung bestellten Legislative – gefällten Mehrheitsentscheid missachten, dann wäre DAS undemokratisch. Der Landratsentscheid vom 4. Juni 2015 für die Stossrichtung Ausbau war nämlich, wie der Regierungsrat in einer Medienmitteilung richtig festhält, «nicht Gegenstand der Abstimmung und behält darum bis auf Weiteres seine Gültigkeit».

Zwar gibt es in der Zwischenzeit eine Motion der SP-Fraktion, die verlangt, dass die Regierung dem Landrat die Variante ELBA-Umbau noch einmal zur Beschlussfassung vorlegt. Dies, nachdem das Parlament exakt

diese Variante vor gerade mal acht Monaten klar zugunsten der Variante Ausbau verworfen hatte. Aber solange kein anderer Parlamentsentscheid vorliegt, gilt jener vom 4. Juni 2015. Daran hat sich die Regierung zu orientieren. Auch wenn das einzelnen SP-Politikern nicht konveniert.

Es ist darum zu begrüßen, dass der Regierungsrat nun jene ELBA-Massnahmen weiterverfolgt, die im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Kantons liegen, einen wirtschaftlichen Nutzen bringen und positive Auswirkungen auf unseren Wirtschaftsstandort haben. So wird konkret das Projekt Zubringer Bachgraben-Nordtangente zügig vorangetrieben. Und die weiteren Projekte werden priorisiert und in separaten Vorlagen dem Landrat vorgelegt – so wie das in einem demokratischen Rechtsstaat üblich ist.

Fortsetzung von Seite 6

len Behörden verpflichtet, Verkehrsstaus zu verhindern bzw. solche abzubauen sowie über die getroffenen Massnahmen und den Sachstand halbjährlich zu berichten. Darum haben wir die folgenden Projekte in Angriff genommen:

- › den Vollanschluss Aesch (A18),
- › den Zubringer Dornach an die A18 in Aesch,
- › den Anschluss Pfeffingerring in Aesch.

Diese Projekte sind im Investitionsprogramm 2016–2025 bereits enthalten und in der Berechnung der finanziellen Machbarkeit entsprechend berücksichtigt. Und auch an den öffentlichen Verkehr ist gedacht. Ebenfalls im Investitionsprogramm enthalten sind die folgenden Projekte:

- › die Tramverbindung Margarethenstich,
- › der Ausbau des BLT-Doppelspurtrassees Spiesshöfli in Binningen.

Doch damit ist es nicht getan. Aufgeschoben, aber nicht aufgehoben, haben wir für die nächsten Jahre die erwähnte Umfahrung Liestal sowie

- › die Erhöhung der Sicherheit im Tunnel Eggfluh (A18),
- › die Sanierung der Rheinfelderstrasse in Muttenz/Pratteln,
- › die Sanierung des Knotens Angenstein (A18),
- › die neue Birsbrücke in Laufen,
- › die Sanierung der Baslerstrasse in Allschwil,
- › die 3. Etappe des Ausbauprogramms Radrouten.

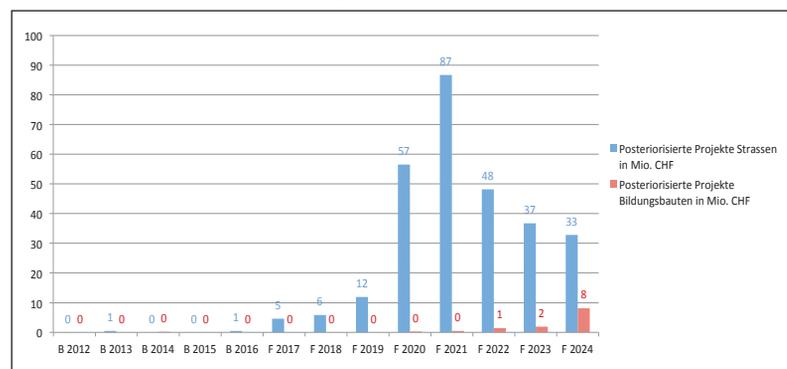
Strassen dienen den Automobilistinnen und Automobilisten, dem Schwerverkehr und den Bussen des Reise- und des öffentlichen Verkehrs sowie den Radfahrerinnen und Radfahrern. Bei der Sanierung der Strassen gilt es, neue Vorschriften des Bundes zu beachten, beispielsweise «via sicura». Der Unterbau einer Strasse wird standardmässig so erstellt, dass er für die nächsten 80 Jahre hält. Der

Strassenbelag sollte eine Lebensdauer von 30 Jahren vorweisen können. Aus dem Mix dieser drei Vorgaben entsteht hie und da der Eindruck, es werde mit zu grosser Kelle angerichtet. Dem ist jedoch nicht so. Wir bauen keine Luxusstrassen, sondern wir bauen Strassen, die den Vorschriften entsprechen und die wir nicht schon in 20, 30 Jahren wieder erneuern müssen. Das ist ein Gebot der Nachhaltigkeit.

Und wem dient der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur? Uns allen. Insbesondere auch den Schülerinnen, Schülern und Studierenden, für die wir derzeit hohe Millionenbeträge investieren.

Investitionen in die Bildung sind gut angelegtes Geld. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind es auch. Wir müssen beide Bereiche im Auge behalten und die tauglichen Massnahmen zu ihrer Verbesserung ergreifen. Ein Ausspielen des einen gegen den anderen ist ideologische Interessenpolitik, die das Gesamtwohl des Kantons ausser Acht lässt.

Posterioresierte Strassen-Projekte



Kantonsgerichtspräsidium

Christine Baltzer ist höchste Kantonsrichterin

Der Landrat wählte an seiner Sitzung vom 28. Januar 2016 Christine Baltzer zur neuen obersten Richterin. Als Kantonsgerichtspräsidentin folgt Baltzer für den Rest der laufenden Amtsperiode bis Ende März 2018 auf Andreas Brunner (SP), der im August 2015 seinen Rücktritt per Jahresende erklärt hatte. In der Endausmarchung standen sich die von der FDP nominierte Kandidatin und Roland Hofmann von der SVP gegenüber. Christine Baltzer schwang mit 45 gegen 42 Stimmen oben aus.

Der Wahl war ein monatelanger und heftiger Konflikt vorausgegangen. Dabei wurde um Wahlspruch, Wählbarkeit und letztlich auch um Personen gerungen.



Schlussendlich setzte sich mit Christine Baltzer eine äusserst erfahrene und integre Persönlichkeit durch. Mit ihrem Hintergrund als ehemalige Landrätin und Kantonsrichterin bringt sie die idealen Voraussetzungen mit für das verantwortungsvolle Amt an der Spitze der Justiz und an der Schnittstelle von Justiz und Politik.

Wir freuen uns über die Krönung der beeindruckenden Karriere von Christine Baltzer und wünschen ihr viel Erfolg in ihrem neuen Amt.

Die 61-jährige Liestalerin Christine Baltzer wurde vom Landrat als erste Frau überhaupt zur neuen Kantonsgerichtspräsidentin gewählt.

... und ausserdem

Mensch Christian!

«Mensch Meier» sagen wir zwar öfter, wenn jemand etwas besonders Unbedarftes sagt, tut oder schreibt. Darum haben nicht wenige nach der Lektüre des Beitrags von Christian Mensch über den «Halbkanton» Basel-Landschaft in der «Schweiz am Sonntag» vom 27. Dezember 2015 so ausgerufen. Hat doch der gute Christian nach Strich und Faden auf das Baselbiet eingedroschen, weil dieses seiner Meinung nach so ziemlich alles falsch mache und eben doch nur ein halber Kanton sei, der erst ... na, ja. Die verblüfften übrigen Leser werden instinktiv (und politisch korrekt) nicht «Mensch Meier», sondern eben «Mensch Christian» vor sich hingebummelt haben ...

Penny wise und Pound foolish ...

Dass das Referendum gegen die Ausfinanzierung der Uni-Pensionskasse in Wirklichkeit ein Referendum gegen das ganze Abkommen zwischen Stadt und Land (Uni- und Kulturvertrag) sein soll, sagen sogar die für das Re-

ferendum Verantwortlichen selber. Und wenn man etwas genauer hinhört, vernimmt man von ihnen auch recht eigenwillige Begründungen, warum man «dagegen» sei. Wenn das Gedächtnis nicht trügt, sagte etwa ein SVP-Landrat aus Therwil (ein 99er wie er im Buche steht), schon der erste Uni-Vertrag sei ein Fehler gewesen; man hätte sich nie beteiligen sollen, weil der Zutritt zur Uni ja so oder so garantiert sei und ohne Vertrag viel billiger gewesen wäre. Dass aber die Uni ohne die Mitträgerschaft des Baselbiets nie die hervorragende Bildungsstätte geworden wäre, die sie heute ist, hätte ihm schon parteiintern Fritz Graf, a. Landrat SVP und damaliger Präsident der befürwortenden Landratskommission, am besten erklärt. Und auch das Argument, nach einer Kündigung hätten die Baselbieter weiterhin und viel billiger Zutritt zur Uni, blendet schlicht und ergreifend aus, dass die Uni nach einer solchen Rosskur mit vollständigem Wegfall der Baselbieter Beiträge bei weitem nicht mehr das wäre, was sie heute (noch) ist.

Ohne Eymann

Dass die Verhandlungen über die Anpassung des Univertrags auch nach dem Ausscheiden von Christoph Eymann (RR BS) aus der städtischen Regierung weiter gehen werden, braucht kein Nachteil zu sein. Wir wollen ja schliesslich nicht noch einmal Thema in einem seiner Wahlkämpfe sein. Es reicht schon als Erschwernis, dass er der Stadt immer noch als Nationalrat und im Hintergrund als Strippenzieher erhalten bleibt

Noch ein Sanierungstunnel ...

Das Konzept für die Sanierung des Gotthard-Tunnels mit Hilfe einer Sanierungsröhre kennen wir im Baselbiet bestens, haben doch die Bauarbeiten für genau eine solche Lösung am Belchen bereits begonnen. Und im Prinzip wie bei uns soll das auch am Gotthard funktionieren. Verfassungswidrig ist diese Sanierungsmethode nicht, denn mit dem Verbotstext der Alpeninitiative waren sicher nicht Sanierungsröhren (oder etwa Sicherheitsstollen) gemeint. Dies ist und

bleibt so, obwohl uns die Gegner – wie etwa alt Bundesrat Moritz Leuenberger (SP) oder Maya Graf (NR BL, Grüne) – («pour les besoins de la cause», wie man im Welschen sagt) das Gegenteil heute unisono vorbeten. Erst für einen Betrieb mit drei oder vier Spuren müsste man wegen der Alpeninitiative vorher vors Volk, das damit auch dazu das letzte Wort hätte.

Blick auf die Realität erwünscht ...

Die Börsen und die bösen Spekulanten seien schuld, dass die Lebens- und Futtermittel in arme Ländern für deren Bewohner viel zu teuer seien und immer teurer würden. Dies ist eine Grundannahme der linken Initiative, über die wir am 28. Februar abstimmen. Wer allerdings die entsprechenden Börsenkurse laufend verfolgt, kratzt sich verwirrt am Kopf, wenn er das hört. Die Börsenkurse für diese «Commodities» sind nämlich in der Grundtendenz am Sinken – und das schon lange. Auch die Aussichten auf eine nachhaltige Kurserholung sind mies.